

Aufstehen !

gegen Überwachung, Krieg und Nazis

Vor 75 Jahren, am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident v. Hindenburg auf Betreiben deutscher Großindustrieller, Generale und Bankiers, Adolf Hitler zum Reichskanzler. Mit der Bildung seiner Regierungskoalition aus Nazis mit den Deutschnationalen begann das blutigste Terrorregime, das die Weltgeschichte bisher kennt. Schon vor dieser Machtübergabe waren durch „Notverordnungen“ demokratische und soziale Rechte außer Kraft gesetzt und die Verfassung missachtet worden. Die Nazis und ihre Unterstützer setzten sie mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes vollends außer Kraft. Sie terrorisierten die Opposition, steckten ihre Gegner in KZs, zerschlugen die Gewerkschaften, die Parteien der Arbeiterbewegung und demokratische Organisationen. Der Polizei- und Überwachungsapparat wurde ausgebaut z. B. durch den Aufbau der Gestapo, die Einführung von Melde- und Ausweispflicht und der Einrichtung einer Volkspartei. Aufrüstung und Militarisierung wurden vorangetrieben. Während die

Gewinne der deutschen Aktiengesellschaften nahezu explodierten, wurde der zweite Weltkrieg als gigantischer Raubzug auf Rohstoffe und Märkte vorbereitet, der mit der Zerstörung Europas und 50 Millionen Todesopfern endete. Mit Hilfe dieser Vorbereitungen wurde auch der der rassistische und antisemitische Terror der Nazis organisiert, der in der fabrikmäßigen Ermordung von Millionen Menschen gipfelte. Die Erinnerung an die faschistische Diktatur der Jahre 33 bis 45 bleibt für alle Zukunft eine Mahnung zum Antifaschismus, zur Bewahrung und Verteidigung von Demokratie, Menschenrechten und Frieden.

Deshalb beobachten wir mit großer Sorge spätestens seit den 1990er Jahren eine Rechtsentwicklung in Deutschland, die in Vielem auch Erinnerungen an die Vorgeschichte der faschistischen Diktatur Ende der zwanziger Jahre aufkommen lässt. Ähnlich wie am Ende der Weimarer Republik werden auch heute wieder Konzepte einer entsolidarisierten und überwachten Gesellschaft, eines ent-

demokratisierten und autoritären Staates und einer militärisch gestalteten Außenpolitik gedacht und gemacht.

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung rufen wir dazu auf, jeden Ansatz einer solchen Rechtsentwicklung zu erkennen und ihr entgegen zu treten.

Solche Ansätze sind:

- die wachsende Spaltung der Gesellschaft in immer mehr Arme und immer reichere Reiche, gefördert durch eine massive Umverteilung von unten nach oben, Zerschlagung der Sozialsysteme, Privatisierung öffentlichen Eigentums, umfassende Deregulierung, Massenarbeitslosigkeit, Abkehr vom Sozialstaatsgebot und ungehemmte Propagierung der Ideologien des Neoliberalismus und Turbokapitalismus
- ein zunehmender Abbau demokratischer Rechte verbunden mit dem Ausbau der Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten bis hin zum Einsatz der Bundeswehr gegen Demonstranten, die Entwicklung zu immer mehr Überwachung und Gängelung der Bürger,



- eine Renaissance von Nationalismus bis hin zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus weit in der Mitte der Gesellschaft.
- das Wiederaufleben einer militärisch untermauerten Großmachtspolitik, Aufrüstung, Kriegsbeteiligung und Vorbereitung militärischer Interventionen, im Interesse „des ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (verteidigungspol. Richtlinien vom 1992)
- zunehmende Geschichtsvergessenheit und Umdeutung und Verfälschung der Geschichte.

Neofaschismus und Faschismus zurückweisen

Vor diesem Hintergrund leben faschistische und neofaschistische Kräfte in einem erschreckenden Ausmaß wieder auf. Immer häufiger treten sie unübersehbar an die Öffentlichkeit.

Auch in Baden-Württemberg trauen sich in vielen Regionen Jugendliche abends nicht mehr alleine auf Bahnhöfe, Busse, abgelegene Unterführungen und Strassen. Alternative Jugendzentren, Diskotheken und andere Treffpunkte sind oftmals Ziele von neofaschistischen Überfällen.

In ihren Veröffentlichungen, Internetauftritten und Reden bekennen die Neofaschisten sich immer offener zur Ideologie der historischen Nazis: Sozialdarwinismus, Volksgemeinschaft, Führerprinzip, Rassismus und Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit, Gewalt und Krieg. Wo sie sich ver-

meintlich „globalisierungskritisch“ geben, knüpfen sie lediglich an die soziale Demagogie ihres historischen Vorbildes NSDAP an.

Die Neofaschisten organisieren sich in Parteien wie NPD und DVU, so genannten „freien Kameradschaften“ und „Bewegungen“. Ungeachtet der Vielzahl von Gruppen, Namen, Strukturen und „Führern“ arbeiten sie zusammen, sind Teil einer eng vernetzten neofaschistischen Struktur.

Dazu gehören ihre Landtagsfraktionen in Sachsen und Brandenburg und die zahlreichen Mandate in Kommunalparlamenten in der ganzen Bundesrepublik. Sie haben ganze Landstriche zu „national befreiten Zonen“ erklärt, d.h. sie terrorisieren dort nahezu ungehindert ImigrantInnen, anders denkende Jugendliche, politische GegnerInnen.

Auch in den letzten Jahren ist die Zahl der jährlichen rassistischen und faschistischen Gewalttaten weiter gestiegen, denen bisher weit über 200 Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Auch in Baden-Württemberg ist eine deutliche Zunahme offener neofaschistischer Aktivitäten und Gewalt ebenso zu bemerken die die Verfestigung organisatorischer Strukturen der offenen Naziszene. Dazu gehören ständige Naziaufmärsche, der Ankauf von Immobilien als Schulungsstätten und Propaganda- und Organisationszentralen, das Aufleben ausgewiesener Nazi-Kneipen, eine zunehmende Zahl von Nazi-Konzerten und -Veranstaltungen.

Außerdem versuchen Nazis vermehrt Bündnisse, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Sozialabbau, gegen Krieg und gegen den Überwachungsstaat für ihre Propaganda zu nutzen.

Eine Schlüsselrolle nimmt dabei die Zusammenarbeit der NPD mit den sog. Kameradschaften ein. Es handelt sich nicht um eine Handvoll harmloser Spinner, sondern um eine organisierte, menschenverachtende, demokratiefeindliche, gewalttätige und für uns alle gefährliche politische Strömung.

Deshalb rufen wir alle Demokraten im Land auf:

Wegsehen hilft nicht!

Es gilt, sich gemeinsam den Neofaschisten entgegen zu stellen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der VVN-BdA wird es deshalb sein,

- Für Auflösung und Verbot aller neofaschistischen Organisationen und Parteien nach Artikel 139 GG einzutreten.
- Wir führen unsere Kampagne für Verbot und Auflösung der NPD und gegen neofaschistische Betätigung fort und entwickeln und initiieren unter dem Motto „NoNPD – keine Nazis – nirgendwo“ Aktivitäten in Städten, Gemeinden, Schulen, Straßen, Plätzen, Einrichtungen...
 - Bündnisse gegen neofaschistische Aufmärsche und Aktivitäten zu initiieren und zu un-





terstützen.

- Antifaschistischen Protest und demokratische Gegenwehr gegen Neofaschisten zu organisieren.
- Keine Duldung von Nazis auf demokratischen Veranstaltungen.
- Neofaschistische Aktivitäten mit politischen Mitteln zu verhindern.
- Wir streben eine bessere Vernetzung und Koordination von antifaschistischen Gruppen und Organisationen an.
- Wir klären weiterhin mit unserer Neofaschismusausstellung, Flugblättern und Broschüren, Veranstaltungen und Seminaren über Charakter von Faschismus und Neofaschismus auf.

Das Gift rassistischen und nationalistischen Gedankenguts kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Die immer wieder auch von Politikern demokratischer Parteien ausgesprochenen Schuldzuweisungen für Arbeitslosigkeit, Kriminalität und andere Übel an Einwanderinnen Flüchtlinge und Angehörige von Religionsgemeinschaften z.B. Muslime haben die Fremdenfeindlichkeit im Land verstärkt.

Die Rechtsentwicklung äußert sich nicht nur in offen propagierten Ressentiments gegen EinwanderInnen und Flüchtlinge und in der praktischen Verschärfung diskriminierender Gesetze und Lebensbedingungen, sondern auch in den ständig neu aufgewärmten Debatten wie „deutsche Leitkultur“, „Patriotismusdebatte“ oder die Kampagne „Du bist Deutschland“, die bewusst oder unbewusst auf Vorbildern aus der Zeit der Nazidiktatur aufbaut. Zum Hintergrund gehört der Standortegoismus der zum ständigen Argument für jede Form des Sozialabbaus gebraucht wird.

- Wir treten ein für die Entwicklung einer offenen, solidarischen, nicht-rassistischen Gesellschaft, die Völkerverständigung nach innen und außen lebt.
- Asylrecht ist Menschenrecht! Bleiberecht für alle Flüchtlinge.
- Schluss mit Abschiebung, Abschiebehaft und schikanösen Behandlungen von Flüchtlingen durch Verweigerung von Arbeitserlaubnis, gegen Residenzpflicht/Wohnraumbeschränkung und für Geld- statt Sachleistungen.
- Abschaffung aller Abschiebelager!

- Wir werden uns weiterhin für das friedliche und solidarische Zusammenleben aller Menschen einsetzen und Partei ergreifen.
- Gleiche soziale Rechte für alle!
- Kein Mensch ist illegal!

Antifaschismus bleibt gesellschaftliche Verpflichtung und Aufgabe.

Wir kritisieren jene Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und des Bundesverfassungsgerichts, die Naziaufmärsche trotz offener rassistischer, volksverhetzender und gewaltbejahender Aufrufe und Parolen genehmigen, während gesellschaftliches Engagement gegen Rechts von den Behörden behindert wird.

Diese Rechtssprechung ist ein Skandal! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Faschistische Hetze ist nicht von der Meinungsfreiheit des Grundgesetzes gedeckt. Stattdessen gelten weiterhin gemäß Artikel 139 GG die „zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften“ der Nachkriegszeit.

Immer deutlicher tritt der politische Versuch zu Tage, antifaschistische Haltungen, Aktivitäten und Zivilcourage zu diskriminieren und zu kriminalisieren.

Die schließlich für rechtswidrig erklärte Strafverfolgungskampagne der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen antifaschistische Symbole, wie zerstörte oder durchgestrichene Hakenkreuze oder Strafverfahren wegen des Aufrufes zum Widerstand gegen Naziaufmärsche sind nur besonders offenkundige Beispiele für den Versuch, den Antifaschismus als in großen Teilen unserer Gesellschaft verankerte Grundüberzeugung weiter zu durchbrechen und zu delegitimieren. Nicht die Nazis, sondern ihre Gegner werden verdächtigt und verfolgt.

Dazu gehören auch vollkommen überzogene und unverhältnismäßige Reaktionen auf andere Formen antifaschistischen Protestes. Während die Nazis häufig frei marschieren, werden antifaschistische Gegendemonstrationen immer regelmäßiger offenen Schikanen ausgesetzt: Polizei-kontrollen, Durchsuchungs- und Be-



schlagnahmeaktionen, kleinliche Auflagen und Verbote bei Infoständen und Aktionen, rüde Polizeieinsätze, Einkesselungen, willkürliche und lange andauernde Verhaftungen, „Beseitigungsgewahrsam“ und vieles mehr gehören zum reichen Repertoire der behördlichen Schikanen und Einschüchterungsversuche.

Eine besonders üble Rolle dabei spielt der deutsche Inlandsgeheimdienst, der fälschlich unter der Bezeichnung „Verfassungsschutz“ geführt wird.

Die Bundesregierungen sind dafür verantwortlich, daß der Verbotprozess gegen die NPD in einem Fiasko endete. Sie haben es dem Verfassungsschutz gestattet, daß dieser nachweislich neofaschistische Aktivitäten initiierte und steuerte. Sie tragen durch die „Honorare“ für ihre V-Leute nicht unbedeutend zur Finanzierung der NPD bei.

Unter vollständiger Missachtung des grundgesetzlichen Gebotes zur Trennung von Polizei und Geheimdiensten liefert der Verfassungsschutz durch Veröffentlichungen, Indiskretionen und Desinformationskampagnen die Steilvorlagen zur Schikanierung, Diskriminierung und Behinderung antifaschistischer Arbeit, wie oben geschildert.

Dieser Geheimdienst schützt nicht das Grundgesetz, er missachtet und bekämpft es.

- Wir fordern die Einstellung der Beobachtung und Behinderung antifaschistischer Organisationen wie der VVN-BdA durch den so genannten Verfassungsschutz.
- Wir fordern die ersatzlose Auf-

lösung aller Geheimdienste

Erinnern heißt handeln

Spätestens seit dem sechzigsten Jahrestag der Befreiung wird versucht, die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus verblassen zu lassen. In einer ganzen Welle von Filmen und Berichten, die uns entweder die „menschliche Seite“ der Täter nahe bringen oder aber die Leiden der deutschen Bevölkerung am Kriegsende illustrieren werden die Verbrechen der Nazis zu „üblichen“ Begleitscheinungen von Kriegen, wie dies auch im abweisenden Urteil gegen die Opfer des Massakers von Distomo ausgesprochen wurde. Die Millionen Opfer des Faschismus werden eingereiht unter die Opfer anderer Kriege. Die Singularität der industriellen Vernichtung von Juden, Sinti, Roma und anderen wird geleugnet. Die Erinnerung an die Täter verblasst hinter der Stilisierung der Deutschen als Opfer von Krieg und Vertreibung.

Dazu passt auch die verstärkte einseitige Produktion und Ausstrahlung von Kino- und Fernsehfilmen sowie Dokumentationen über die so genannte Flucht und Vertreibung der Deutschen bei Unterschlagung der Ursachen durch den von Hitlerdeutschland ausgegangenen 2. Weltkrieg.

In diesem Sinne wird auch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibung“ betrieben, das nicht nur zur

Revision der Geschichte sondern gleichzeitig zur Rechtfertigung politischer und militärischer Einmischung in andere Länder und Staaten dienen soll.

Der Widerstand gegen den Faschismus, die Opfer, die insbesondere die Arbeiterbewegung im Kampf gegen Faschismus und Krieg erbracht hat, werden unterschlagen. Stattdessen werden schon mal Funktionäre des Naziterrors zu Widerstandskämpfern umgelogen, wie dies Ministerpräsident Oettinger mit seinem Amtsvorgänger, dem ehemaligen Marinerichter Filbinger versuchte.

Die Gräueltaten der Zeit des Faschismus werden zu einer von vielen dunklen Seiten einer nun überwundenen Weltgeschichte verharmlost.

Im Sächsischen Gedenkstättengesetz wird der Faschismus zu einer von mehreren Diktaturen in der deutschen Geschichte erklärt. Mit dem Gedenken an die Opfer des „Stalinismus“ wird auf eine Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern weitgehend verzichtet.

Die von staatlichen Stellen, Medien und verantwortungslosen Publizisten betriebene Geschichtsverfälschung durch die „Totalitarismustheorie“ nimmt immer groteskere Züge an wie z. B. in der Gleichsetzung der 68er - Bewegung mit dem aufkommenden Faschismus.

Antifaschistische Gegenwehr wird regelmäßig mit dem Rechts-links-

Extremisten-Schema diffamiert. Wir wenden uns entschieden dagegen, weil Gewalt historisch und aktuell von Faschisten und Neofaschisten ausgeht. Mit der Rechts-links-Gleichsetzung wird Faschismus verharmlost. Das beste praktische Gegenmittel sind breite antifaschistische Bündnisse.

Vor einer Wiederkehr der Geschichte in welchem Gewand auch immer schützt vor allem die Erinnerung.

Unsere Aufgabe bleibt es deshalb,

- die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus wach zu halten,
- Kenntnisse über Wesen und Charakter des Faschismus zu vermitteln,
- der Opfer zu gedenken,
- die Leistungen des Widerstands zu würdigen,
- weiterhin für die Ziele des antifaschistischen Widerstandes einzutreten
- und seine Erfahrungen weiter zu tragen.
- Dies wird umso schwieriger, je weniger wir von den Zeitzeugen, der ersten Generation des Widerstandes unterstützt werden können.
- Deshalb wollen wir unsere Bemühungen zur Vermittlung der Geschichte von Faschismus, Widerstand und Verfolgung verstärken:
- Heranbildung einer neuen Generation von Multiplikatoren und VermittlerInnen der Geschichte
- Mitarbeit in den Gedenkstätteniniti-



ativen und Gedenkstätten.

- Organisation von Gedenkstättenfahrten und Führungen
- Sicherung, Archivierung, Dokumentation der Erinnerungen von Zeitzeugen.

Deshalb werden wir auch die Werbung für eine breite Teilnahme am Alfred-Hausser-Preis verstärken.

Demokratie verteidigen

Eine umfassende Überwachung der BürgerInnen in Orwellschen Dimensionen ist längst Wirklichkeit geworden: Großer Lauschangriff, Zersetzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses bis zur Unkenntlichkeit, biometrische Daten und fernablesbare Chips in Personaldokumenten, umfassende Zugriffsrechte auf Bank- und Telekommunikationsdaten sprechen der einst gepflegten „informationellen Selbstbestimmung“ Hohn. Dazu gehört auch der offen geplante - aber von der Verfassung verbotene - bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im Inneren sowie das Wiederaufleben der demokratiefeindlichen Praxis der Berufsverbote.

Immer deutlicher leben Politik und Praxis des Obrigkeitsstaates wieder auf. Während im sozialen Bereich „Deregulierung“ als das Allheilmittel gilt, werden in allen anderen Bereichen Freiräume und Rechte beschnitten.

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung werden immer offener auch garantierte Menschenrechte in Frage gestellt. Die Diskussionen um das Folterverbot die Beteiligung deutscher Geheimdienste an Entführungen und „Verhöre“ in Foltergefängnissen der US-Regierung sind Ausdruck des Versuches, Menschen- und bürgerrechtliche Schranken zu zerbrechen.

Besonders skandalös ist die Ankündigung des amtierenden Verteidigungsministers Jung, die Bundeswehr zum Abschuss von Zivilflugzeugen einzusetzen, falls der „Kampf gegen den Terror“ dies erforderlich mache und die presseöffentlichen Phantasien des amtierenden Innenministers zur gezielten Tötung von „Terrorverdächtigen“.

Dabei handelt es sich um einen offenen angekündigten Bruch der Menschenrechtscharta und der Verfas-



bereits beim G8 Gipfel in Heiligendamm erlebte Praxis, die Bundeswehr mit Kampfflugzeugen und Kampfpanzern zur Überwachung von Demonstranten einzusetzen.

- Wir verteidigen entschieden die Grund- und Menschenrechte von Grundgesetz und UN-Menschenrechtskonvention
- Wir wenden uns entschieden gegen jeden Versuch die demokratiefeindlichen Berufsverbotspraxis wieder zu beleben.
- Wir wehren uns gegen Diskriminierung, Verdächtigungen und Schikanen gegen Einbürgerungswillige. Die diskriminierenden Fragebögen müssen verschwinden.

Soziale Rechte verteidigen, Neoliberalismus bekämpfen

Die Zunahme der Möglichkeiten für Neofaschisten sich darzustellen und für ihre Ziele zu mobilisieren geht einher mit der allseitigen Propagierung der Ideologie des Neoliberalismus und der weiteren Abkehr vom antifaschistischen Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Damit soll die massive Umverteilung der erarbeiteten Werte von unten nach oben vertuscht bzw. als alternativlos dargestellt werden. Tatsächlich aber sind wir dem Generalangriff auf die seit ca. 150 Jahren erkämpften sozialen Rechte der abhängig Beschäftigten und breiter Mittelschichten ausgesetzt:

- Permanente Lohn-, Einkommens

- Rentenreduzierung,
- Zerschlagung der Flächentarifverträge und der sozialen paritätisch finanzierten Sicherungssysteme,
- Privatisierung von Volks- und staatlichem Vermögen,
- Privatisierung öffentlicher Leistungen wie Bildung, Wasser- und Energieversorgung, Daseinsvorsorge und Infrastruktureinrichtungen wie Straßenbau,
- Arbeitszeitverlängerung verbunden mit Arbeitsplatzvernichtung und Massenarbeitslosigkeit und Hartz IV, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Erhöhung des Renteneintrittsalters,
- Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse,
- Erhöhung der Massensteuer und – abgaben.
- Ausdruck der Situation sind 3,1 Mio. verschuldete Haushalte, mehr als doppelt so viele wie vor 12 Jahren.
- Gleichzeitig steigen Vermögen und Gewinne für wenige in ungeahnte Höhen,
- nur knapp 400 000 Menschen in Deutschland verfügen über ein Viertel des Geldvermögens.
- Allein bei den Konzernen des DAX 30 der Metallindustrie stiegen die Gewinne gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent,
- Bankchef Ackermann hatte 2007 ein Jahreseinkommen von 14 Mio. Euro.
- Vermögens- und Unternehmenssteuern aber werden gestrichen oder massiv gesenkt.

Der Widerspruch zwischen der Anhäufung von Riesenprofite einerseits und dem Lohn-, Sozial- und Arbeitsplatzabbau andererseits führt immer stärker zu Legitimationsproblemen der Besitzenden und politischen Eliten. Am deutlichsten zeigt sich das in den immer heftiger werdenden Abwehrkämpfen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die mit unterschiedlicher Intensität, Härte und Hartnäckigkeit in der BRD und Europa geführt werden.

Um der Legitimationsprobleme und der Verteidigungskämpfe Herr zu werden, werden seit einigen Jahren immer stärker die Gewerkschaften angegriffen und diffamiert. Die Legitimationsprobleme, lassen sich nicht durch Schönreden der Verhältnisse und der Diffamierung der Gewerkschaften lösen. Das Schönreden der Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation überzeugt immer weniger, und immer größerer Teile der Bevölkerung erkennen, dass in diesem Land Wenige immer reicher, die Masse der Menschen aber immer ärmer wird.

Die Menschen erleben, dass in Betrieben, Verwaltungen und sozialen Einrichtungen die Arbeitshetze bei sinkendem Einkommen steigt, die Arbeitslosen wissen, dass sie in dieser Gesellschaft überflüssig werden.

Aus dieser Legitimationskrise kann aber kein Automatismus bezüglich der Verhaltensweisen der Betroffenen abgeleitet werden. Sie können mit

- Resignation reagieren,
- oder aber Widerstand leisten, sich Protesten oder Streiks anschließen,
- oder aber Rassismus oder sozialer Demagogie auf den Leim gehen, bei dem die Verursacher und Profiteure des Sozial- und Lohnabbaus, die Großkonzerne und ihre Hauptaktionäre aus dem Rampenlicht der Kritik genommen werden.

Umverteilungssituationen zu Lasten der Mehrheit können Nährboden für die soziale Demagogie der Neofaschisten bilden, wenn keine demokratischen, fortschrittlichen, internationalistischen Alternativen angeboten werden und die Aufklärung über die neoliberale Ideologie mangelhaft ist.

- Die VVN-BdA tritt im Bündnis mit anderen ein für die Verteidigung und den Ausbau der sozialen Erregenschaften, für einen Umverteilung von oben nach unten.

- Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften und der gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen bei den Abwehrkämpfen zum Erhalt der Tarifverträge, der Lohn- und Sozialstandards wie die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen. Wir setzen uns mit ihnen ein für ausreichend qualifizierte, tariflich abgesicherte Arbeits- und Ausbildungsplätze, unter Arbeitsbedingungen, bei denen gesund ein Renteneintrittsalter mit spätestens 65 erreicht werden kann.
- Wir beteiligen uns an der Aufklärung über die Neoliberale Ideologie.

Nein zum Krieg.

Heute erleben wir die verhängnisvolle Abkehr vom Grundsatz: "Nie wieder Krieg von deutschem Boden". Die Kriegseinsätze der Bundeswehr in Jugoslawien und Afghanistan bedeuten einen tiefen Einschnitt und einen Wechsel in der Politik der Bundesrepublik.

Obwohl die damalige Bundesregierung in der UNO und in der Öffentlichkeit dem Irakkrieg die Zustimmung verweigerte, unterstützte Deutschland diesen Krieg logistisch.

Die neue Rolle Deutschlands wird vor allem wirtschaftlich, machtpolitisch und militärisch definiert. Sie verfolgt zunehmend auch militärisch selbstbewusst die Durchsetzung eigener bzw. europäischer Interessen auch in Konkurrenz zu den USA. Dabei wird wie vom französischen Präsidenten verlautbart auch der Ersteinsatz von Atomwaffen ins Kalkül genommen.

In der derzeitigen Außenpolitik wird eine gefährliche Kontinuität deutschen Großmachtstrebens und des deutschen Militarismus sichtbar.

Vor diesem Hintergrund ist der Umbau der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Angriffsarmee in vollem Gange.

Unter dem Stichwort "Krieg gegen Terror" haben sich die USA und ihre Verbündeten, darunter auch die deutsche Bundesregierung endgültig das eigenmächtige Recht zum Krieg in allen Teilen der Welt zugesprochen. Heute operieren deutsche Soldaten im Kriegseinsatz ohne jede völkerrechtliche Legitimation in Afrika, auf der arabischen Halbinsel und in Mit-

telasien.

Krieg ist kein Mittel gegen Terrorismus. Krieg ist selbst Terror. Schon durch die Ankündigung weiterer Militäraktionen werden Bemühungen um zivile Konfliktlösungen erschwert oder unmöglich gemacht.

Die ersten Schritte zur Beseitigung von Terror und zur Konfliktvorbeugung wären die Wahrung des Rechts, der Demokratie und die Herstellung menschenwürdiger sozialer Lebensverhältnisse.

Heute erleben wir das Gegenteil. Statt friedliche Lösungen zu suchen, überziehen die USA die Welt mit immer neuen Kriegen und Kriegsdrohungen. Die neue Bundesregierung unterstützt diese für die ganze Menschheit gefährliche Politik und verfolgt für die Europäische Union dasselbe Konzept. Im Vordergrund steht die Verfolgung der jeweils eigenen ökonomischen und politischen Interessen - oftmals auch in nationaler Konkurrenz mit den jeweiligen Bündnispartnern. Der Kampf um Märkte, Rohstoffe und Transportwege bestimmt die Schauplätze auch des so genannten "Kriegs gegen den Terror", die alle in engem Zusammenhang mit den Ölregionen der Welt stehen.

Wie der gesamte "Krieg gegen den Terror", so verstößt auch die Beteiligung der Bundeswehr gegen die Prinzipien der UNO und das Völkerrecht, gegen Geist und Wortlaut des Grundgesetzes und gegen eine Vielzahl verbindlicher internationaler Verträge. Vor allem aber verstoßen Kriege und Kriegsvorbereitungen gegen die Interessen und Bedürfnisse der Menschen.

Statt Demokratie und Freiheitsrechte zu wahren und weiter zu entwickeln, setzen die Regierungen der USA und der anderen NATO-Länder auf Polizei und Geheimdienste, die Überwachung und Entrechtung der Menschen. Der Export von Waffen und Rüstungsgütern hat nicht nur in Deutschland Hochkonjunktur. Statt auf die Herstellung einer gerechten Weltwirtschaft und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit im eigenen Lande setzen sie weiter auf die Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen in den armen Ländern, auf niedrige Löhne, auf die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und den Abbau der sozialen Er-

zungenschaften im eigenen Land.

Eine Welt des Friedens und der Freiheit, wie sie im Schwur von Buchenwald eingefordert wurde, kann nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Solidarität, Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie und der Ächtung des Krieges entstehen. Deshalb nehmen wir vor allem die Bundesregierung in die Pflicht:

Deutsche Außenpolitik darf nicht Kriegspolitik sein.

- Kein Krieg gegen den Iran. Stopp der deutschen Kriegsunterstützung im Irak.
- Keine Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegs- und Kampfeinsätzen. Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Aufkündigung jeder militärischen Beteiligung am so genannten „Krieg gegen den Terror“ (Eduring Freedom)
- Rücknahme des Umbaus der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee
- Auflösung der so genannten Krisenreaktionskräfte, vordringlich des „Kommandos Spezialkräfte“ in Calw und des „Kommandos operative Führung Einsatzkräfte“ in Ulm.
- Stopp solcher Rüstungsprogramme wie Eurofighter, Kampfhubschrauber, Truppentransporter, Kriegsschiffe, Marschflugkörper, Satellitenüberwachung etc.
- Drastische Kürzung des Militärbudgets.
- Verwendung der freiwerdenden Mittel für soziale Aufgaben, Bildung, Zukunftsinvestitionen, zivile Friedensdienste und humanitäre Hilfe.
- In einem ersten Schritt müssen jene Rüstungsausgaben gestoppt werden, die für Auslandseinsätze und die dazu geplanten Beschaffungen vorgesehen sind.
- Umfassende Abrüstung, Verbot von Waffenexporten, Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte und Arbeitsplätze.
- Ächtung aller Massenvernichtungswaffen und Abzug der in Deutschland lagernden Atomwaffen
- Anerkennung der völkerrechtlichen Prinzipien der UN-Charta, allen voran des Gewaltverbots und des Gebots der Nichteinmischung.



Eine andere Entwicklung ist möglich

Unsere Arbeit ist nicht erfolglos:

Dank auch der breiten Solidarität wurde der Versuch in Baden-Württemberg und Hessen erneut Berufsverbote zu verhängen vom Bundesverwaltungsgericht eine Absage erteilt.

Der Versuch der Stuttgarter Staatsanwaltschaft, antifaschistische Symbole wie durchgestrichene Hakenkreuze zu verbieten ist ebenfalls schließlich vor den Gerichten gescheitert.

Überall wo Neofaschisten aufmarschieren wollen, finden sich Menschen zusammen, die sich dagegen wehren, sich ihnen entgegen stellen, die die Auseinandersetzung mit dieser menschenverachtenden Politik nicht den Behörden und Gerichten allein überlassen.

Auch in vielen baden-württembergischen Städten haben sich breite, Parteien und Weltanschauungen übergreifende Bündnisse gegen Faschismus und Neofaschismus gebildet.

Vor und während des Irakkrieges entwickelte eine weltweit wirksame Friedensbewegung eine bisher nicht wahrgenommene Kraft, die auch in ruhigeren Zeiten fortwirkt und mobilisierbar bleibt.

Die vielen sozialen Kämpfe, zuletzt der 9-wöchige Streik im öffentlichen Dienst beweisen, dass Menschen bereit sind sich für ihre Interessen in So-

lidarität mit anderen einzusetzen.

In Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen konnte die neu gegründete Partei die Linke mit klaren Aussagen gegen Sozialabbau, Überwachungsstaat und gegen Militarisierung und Bundeswehreinmächtigkeiten in die Landesparlamente einziehen.

Das zeigt, dass die BürgerInnen nicht automatisch bereit sind, den Ausweg aus der Krise nach rechts zu suchen.

Auch die Entwicklung in Südamerika gibt Hoffnung und macht Mut.

Für eine starke VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Die VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten leistet einen wichtigen Beitrag zu den sozialen Auseinandersetzungen um ein demokratisches Deutschland und eine friedliche und gerechte Welt.

Die Vielzahl der Aufgaben beweist: Eine starke VVN - Bund der Antifaschisten ist so notwendig wie in der Zeit ihrer Gründung.

Uns bleibt die Verantwortung, das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer fortzuführen, kontinuierlich und verlässlich für die antifaschistischen Ziele einzutreten. Dafür ist eine starke VVN - Bund der Antifaschisten unabdingbar.

Eine kontinuierliche antifaschistische Arbeit vor Ort ist die Grundlage zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Wir nehmen uns auch für die kom-

menden Jahre vor, an die Kontinuität und Notwendigkeit des Antifaschismus zu erinnern, unsere Arbeit bekannt zu machen und neue Mitglieder, Freunde und Bündnispartner zu gewinnen.

Es bedarf einer neuen Politik, die der aktuellen Rechtsentwicklung die soziale Basis ihrer Ausbreitung nimmt. Die Organisation einer breiten Bewegung für solch eine neue Politik, die alle antifaschistischen demokratischen Kräfte und Traditionen einschließt, ermöglicht den Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, für eine menschlichere Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Frieden, Demokratie und ein solidarisches Miteinander der Menschen.

Die VVN-Bund der Antifaschisten, kann und will über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg Impulsgeber und Motor für eine solche Entwicklung sein.

Stärkt die VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten!



Deshalb: Mitmachen, Mitglied werden! *in der*

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

VVN - Bund der Antifaschisten

- Ich möchte mehr Informationen
- Ich möchte die **Antifa Nachrichten** abonnieren (10 € / Jahr)
- Ich möchte Mitglied werden

Name: _____

Straße: _____

PLZ / Ort: _____

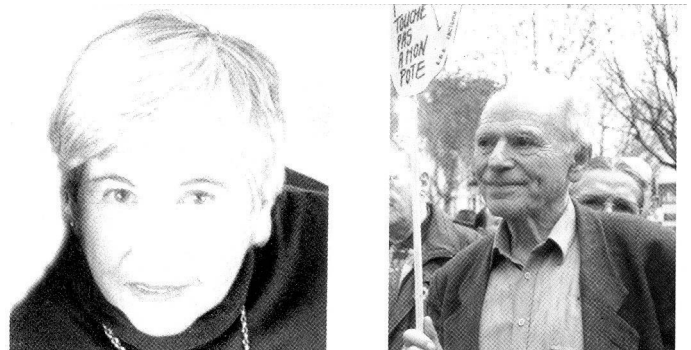
Telefon: _____

Bitte einsenden an: (viSDP)

VVN - BdA Bad.-Württ., Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart

Telefon: 0711-60 32 37, Telefax: 0711-60 07 18

www.vvn-bda-bawue.de / vvnbda.bawue@planet-interkom.de



Esther Bejarano (links) überlebte das Vernichtungslager Auschwitz. Peter Gingold kämpfte in der französischen Résistance gegen die Nazis. Beide appellierten gemeinsam am 50. Jahrestag der VVN-Gründung an die heutigen Jugendlichen.

“ Wir hoffen auf Euch, auf eine Jugend, die das alles nicht stillschweigend hinnehmen wird! Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, die sich nicht dem Zeitgeist anpasst, die ihm zu trotzen versteht, und deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verlorengegangen ist. Wir setzen auf eine Jugend, höllisch wachsam

gegen alles, was wieder zu einer ähnlichen Barbarei führen könnte; wo Menschenrechte verletzt werden; eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag, eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt”

Appell an die Jugend, '97